

Verband der Chemischen Industrie e.V. | Mainzer Landstraße 55 | 60329 Frankfurt am Main

**Herrn Bundesminister Carsten Schneider**  
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Stresemannstraße 128  
10117 Berlin



17.09.2025

## Aktive Rolle Deutschlands beim Umwelt-Omnibus

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir begrüßen ganz besonders, dass die Bundesregierung in Europa wieder eine aktive Rolle anstrebt und die historischen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, mit Entschlossenheit und einem klaren Bekenntnis zum Industriestandort anpackt.

Der von der EU-Kommission angekündigte Umwelt-Omnibus bietet die einmalige Chance, die in der Deutsch-Französischen Wirtschaftsagenda adressierte Überprüfung und Vereinfachung der EU-Kommunalabwasser-Richtlinie (KARL) sowie die grundlegende Überarbeitung der überaus komplexen und unübersichtlichen Neufassung der EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IED) anzugehen. Viele Regelungen der Green-Deal-Gesetzgebung sind nicht praxistauglich und tragen kaum zur Zielerreichung eines besseren Umweltschutzes bei. Die Ursachen liegen in konzeptionellen Mängeln auf EU-Ebene.

Vor diesem Hintergrund sehen wir Ihr Haus aufgefordert, sich federführend auf EU-Ebene für eine gezielte und praxisnahe Überarbeitung der KARL und der IED einzusetzen. Ziel muss es sein, bestehende Regelungen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und sie einfacher, verständlicher und rechtssicher auszugestalten. Die von der Industrie übermittelten Änderungsvorschläge spiegeln praktische Erfahrungen wider. Sie helfen dabei, Wettbewerbsverzerrungen oder Innovationshemmnisse zu beseitigen sowie die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen in den Umweltschutz zu stärken.

Die Kommunalabwasser-Richtlinie (KARL) ist am 12. Dezember 2024 veröffentlicht worden und am 1. Januar 2025 trotz umfassender Kritik offiziell in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine knapp 4-jährige Umsetzungsfrist, bis zum 31. Dezember 2028. Neu ist die Einführung der 4. Reinigungsstufe zur Spurenstoffelimination und mit ihr die Aufnahme einer erweiterten Herstellerverantwortung, deren Umsetzung in deutsches Recht und deren zukünftiger Vollzug noch nahezu vollständig unklar sind. Die EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IED) muss

bis zum 1. Juli 2026 in deutsches Recht umgesetzt werden. Die IED-Neufassung verschärft nochmals entscheidend das ohnehin schon komplexe und bürokratische Regelwerk, das für viele Unternehmen und die Behörden kaum noch vollziehbar ist. Es besteht Handlungsbedarf:

- 1) **Die KARL muss zur Sicherung der Arzneimittelversorgung in Europa im Rahmen eines EU-Umwelt-Omnibusses novelliert werden.** Ebenso muss eine bürokratiearme, verursachergerechte und standortsichernde Finanzierung der 4. Reinigungsstufe sichergestellt werden. Dieser Dreiklang lässt sich nur durch die Übernahme der Kosten aus dem Bundeshaushalt erreichen.
  - a. **„Stop the clock“:** Umsetzungsphase der erweiterten Herstellerverantwortung (Artikel 9 der KARL) EU-weit anhalten.
  - b. **Neubewertung:** EU-Verordnung auf Gewährleistung von Verursachergerechtigkeit sowie Wahrung des EU-Subsidiaritätsprinzips hinsichtlich der Finanzierungshoheit der EU-Mitgliedsländer hin prüfen.
  - c. **Konsultationen:** Intensive Stakeholder-Beratungen zu Finanzierungsoptionen in Deutschland unterstützen.
- 2) Wir fordern die **umfassende Überarbeitung der IED im Omnibus-Verfahren**, um mit schlankeren und rechtssicheren Genehmigungsverfahren ein klares Signal für Investitionen zu setzen. Ohne Investitionen in den Standort kann es keine Transformation der chemisch-pharmazeutischen Industrie geben.
  - a. **Verlängerung der Umsetzungsfrist**, sodass laufende Diskussionen auf europäischer Ebene in die nationale Umsetzungsdebatte einfließen können.
  - b. **Entwicklung eines Verfahrens**, mit dem Änderungen am laufenden Gesetzgebungsverfahren vorgenommen werden können, um die Bemühungen Ihres Hauses zur 1:1-Umsetzung der im Rahmen des Omnibus-Verfahrens überarbeiteten IED erfolgreich zum Abschluss zu bringen.
  - c. **Aktive Rolle Deutschlands** mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen, die keinen nachgewiesenen Mehrwert für die Umwelt liefert, und klare Regelungen zu schaffen. Zur Verbesserung der Praxistauglichkeit der IED-Neufassung sollte unter anderem die Pflicht gestrichen werden, anlagenbezogene Umweltmanagementsysteme einzuführen und zu betreiben (Streichung der Artikel 11, 14, 14a der IED-Neufassung). Die vollständige Liste der VCI-Forderungen zum Umwelt-Omnibus liegt Ihrem Haus vor.

Ich freue mich auf den persönlichen Austausch und stehe Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

strie e.V.